Waffenbrüder? Die verflochtene Geschichte der deutschen und belgischen Arbeitsgerichte

JASPER VAN DE WOESTIJNE, GENT*

Zusammenfassung: Der Beitrag beleuchtet Verflechtungen und Unterschiede in der Herausbildung der deutschen und belgischen Arbeitsgerichtsbarkeit.

I. Einführung

»*Die Erfahrung hat gezeigt, dass Handel und Industrie zur Beilegung (ihrer) Streitigkeiten eine besondere Gerichtsbarkeit benötigen, die mit all ihren Praktiken und Traditionen vertraut ist, frei von kostspieligen Formalitäten und unbelastet von der Komplexität und den Verzögerungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit.*«[1]

Mit diesem Zitat wollte *Jules Vilain*, ein prominenter Beamter in der Industrieabteilung des belgischen Innenministeriums, im Jahr 1861 die Ursprünge der Arbeitsgerichtsbarkeit in diesem Land veranschaulichen. Es ist jedoch gleichermaßen auf das deutsche Rechtssystem anwendbar. Obwohl sie heute erhebliche Unterschiede aufweisen, sind die deutschen und belgischen Arbeitsgerichte historisch miteinander verbunden. Beide gehen auf dieselbe französische Institution zurück, die vor zwei Jahrhunderten gegründet wurde: den napoleonischen Conseil de Prud'hommes.

Der Beitrag beleuchtet diesen gemeinsamen Ausgangspunkt (II.) und untersucht anschließend die weitere Entwicklung dieser Institutionen von arbeitgeberdominierten Schlichtungsstellen zu modernen Arbeitsgerichten. Dabei werden sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede der Entwicklungen in beiden Ländern herausgearbeitet, welche die Besonderheiten des jeweiligen Kontexts widerspiegeln (III.). Schließlich wirken sich diese historischen Unterschiede heute auf beide Systeme aus (IV.).

II. Der Rat »weiser Männer«

Um diesen gemeinsamen Ursprung richtig zu verstehen, muss man bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückgehen – zur Seidenindustrie in der französischen Stadt Lyon. Als die Französische Revolution die Zünfte des Ancien Régime abschaffte, blieben Streitigkeiten am Arbeitsplatz, die zuvor von diesen Einrichtungen geregelt worden waren, ungelöst. Diese häufigen Konflikte schadeten dem Wirtschaftsklima.[2] Die Lyoner Seidenhersteller waren die ersten, die sich in den Jahren 1801-1806 an Kaiser *Napoleon* wandten und ihn baten, ihnen zu erlauben, etwas dagegen zu unternehmen.[3] Inspiriert vom Bureau de maîtres-gardes, das während des Ancien Régime in Lyon bestanden hatte, beantragten sie die Einrichtung eines Conseil de Prud'hommes,[4] wörtlich übersetzt »*Rat weiser Männer*«, dessen Hauptziel es war, kleinere Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern schnell durch Schlichtung beizulegen.[5] Nur wenn eine Schlichtung unmöglich war, wurde ein Urteil gefällt.[6] Der Rat bestand ausschließlich aus Laienrichtern, die von den lokalen Fabrikanten (den Arbeitgebern) und den Werkstattleitern gewählt wurden. Dahinter stand die Idee, dass einzelne Arbeitskonflikte nicht von den ordentlichen Zivilgerichten, sondern von Fachleuten behandelt werden sollten, die mit den Besonderheiten der betreffenden Industriezweige vertraut waren und die Gebräuche und Produktionsprozesse kannten. Die Einbeziehung von Juristen wurde als unnötig und sogar als unerwünscht angesehen.[7]

Die Einrichtung erwies sich als erfolgreich, was mehrere andere Städte des französischen Kaiserreichs dazu veranlasste, ebenfalls um die Einrichtung eines Conseil de Prud'hommes nachzusuchen.[8] Im Jahr 1809 trat die erste reichseinheitliche Regelung in Kraft.[9] Was die Besetzung angeht, so kamen zu den Fabrikanten und Werkstattleitern noch einige andere Kategorien hinzu: Vorarbeiter und »geprüfte« Arbeiter.[10] Auf diese Weise setzte sich der Conseil de Prud'hommes nur aus Arbeitgebern und bestimmten »höheren« Arbeitnehmerkategorien zusammen, die den Interessen der Arbeitgeber näher standen als denen der einfachen Arbeiter. Letztere waren vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Dies führte zur viel geäußerten Kritik, dass der Conseil de Prud'hommes ursprünglich als ein von Arbeitgebern dominiertes, disziplinierendes und paternalistisches Gremium konzipiert worden sei.[11]

---

* Der Autor ist Postdoktorand an der Universität Gent. Dieser Beitrag basiert teilweise auf seiner Doktorarbeit Wise Minds Beyond Borders. The legacy of the Napoleonic conseil de prud'hommes on labour adjudication in France, Belgium, Germany, and the Netherlands, 2025 und wurde von *Dr. Thomas Pierson* ins Deutsche übersetzt.

1 Übersetztes Zitat aus *Vilain*, Guide théorique et pratique des conseils de prud'hommes, 1861, IX.

2 *Dubois*, Les conseils de prud'hommes au XIXe siècle. Entre état, patrons et ouvriers, 2000, 61-62; *Cottereau*, in: Annales 2002, 1521-1557.

3 *Andolfatto*, Revue du Souvenir Napoléonien 2006-2007, 30.

4 Loi du 18 mars 1806 portant établissement d'un Conseil de Prud'hommes à Lyon, Bulletin des lois de l'Empire français 1806, Nr. 1423.

5 *Savigné*, Étude sur les conseils de prud'hommes, 1862, 10-11; *Supiot*, Les juridictions du travail, 1987, 5.

6 *Vilain* (Fn. 2), IX; *McPherson/Meyers*, The French Labor Courts: Judgment by Peers, 1966, 16.

7 *Zavaro*, Droit Ouvrier 1960, 74-75; *Olszak*, Le mouvement social 1987, 114; *Le Goff*, Du silence à la parole, 2019, 62.

8 Nicht zufällig allesamt Zentren der Textilindustrie; vgl. *Le Hir*, Mémorial du commerce et de l'industrie 1861, 267.

9 Décret impérial du 11 juin 1809 contenant Réglement sur les Conseils de Prud'hommes, Bulletin des lois de l'Empire français 1809, Nr. 4450 (Im Folgenden: Dekret 1809).

10 Art. 1 Dekret 1809.

11 *Kieffer*, Le mouvement social 1987, 11-13; *Zavaro* (Fn. 8), 75.

Die Verabschiedung einer allgemeingültigen Verordnung im Jahr 1809 bedeutete nicht, dass fortan im gesamten Staat Gerichte eingerichtet wurden. Der Grundsatz war: Conseils de Prud'hommes sollten nur dort eingerichtet werden, wo Bedarf bestand und wo die lokale Wirtschaftselite – in der Regel die Handelskammer – dies beantragte. Gab es keinen Bedarf, fielen einzelne Arbeitskonflikte in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte.[12]

Anträge wurden nicht nur im heutigen Frankreich gestellt, sondern auch in Gebieten des französischen Kaiserreichs, die nach dem Sturz *Napoleons* Teil anderer Staaten wurden. 1810 wurde in Gent in den südlichen Niederlanden – dem heutigen Belgien – ein Conseil de Prud'hommes eingerichtet. 1813 folgte Brügge dem Beispiel Gents.[13] Im deutschen Rheinland wurden zwischen 1808 und 1811 drei[14] weitere geschaffen (Aachen: 1808, Köln: 1811, Krefeld: 1811).[15]

An dieser Stelle beginnt die Geschichte der deutschen und belgischen Arbeitsgerichtsbarkeit parallel zu verlaufen. Zunächst waren die Beweggründe für die Forderung nach einer solchen Institution in beiden Regionen identisch: Innerhalb des vorherrschenden protoindustriellen – vor allem textilorientierten – Systems der Wirtschaftsorganisation bestand Bedarf an einer Institution, die Arbeitskonflikte schlichtete, die Produktqualität sicherstellte und gleichzeitig die Arbeiterklasse disziplinierte.[16] Zweitens gab es in beiden Rechtssystemen bis heute eine bemerkenswerte Kontinuität. Nach dem Sturz *Napoleons* blieben die französischen Institutionen erhalten und entwickelten sich auf ganz eigene Weise weiter.

III. Deutschland vs. Belgien

Was die staatliche Souveränität betrifft, so ging das Rheinland nach dem Wiener Kongress von 1815 an Preußen über, während Gent und Brügge zusammen mit den gesamten südlichen Niederlanden Teil des neu gegründeten Vereinigten Königreichs der Niederlande wurden. In beiden Staaten gab es erhebliche Debatten über die Beibehaltung der »fremden« französischen Institutionen, wobei sich eine auffällige Konstante abzeichnete: Lokale Industrielle und Entscheidungsträger waren starke Befürworter dessen, was sie als gut funktionierendes System betrachteten, während die Minister in Altpreußen bzw. in den nördlichen Niederlanden nur lauwarme Unterstützer waren.[17] Letztendlich setzten sich lokale Interessen durch: 1818 beschloss die Immediatjustizkommission, die rheinischen Gerichte zu erhalten,[18] und auch der Genter[19] Conseil de Prud'hommes überstand Angriffe auf seine Existenz relativ unbeschadet.[20] Ein schwierigeres Thema war die mögliche Erweiterung des Systems. Schließlich hatten seit den 1820er Jahren mehrere andere Industriestädte im Rheinland – z.B. Düsseldorf und Gladbach – den Wunsch nach einem eigenen Gericht geäußert, und ab den 1830er Jahren auch Städte in den südlichen Niederlanden, die sich inzwischen als Belgien von den Niederlanden abgespalten hatten – z.B. Kortrijk und Sint-Niklaas.[21] Der Gesetzgeber des neuen belgischen Staates zögerte aus rechtstechnischen Gründen lange Zeit: Die Conseils de Prud'hommes wurden als unvereinbar mit der Verfassungsordnung angesehen, da sie in der Verfassung von 1831 nicht als Gerichte aufgeführt waren.[22] Im Jahr 1842 gab das Parlament jedoch schließlich nach: Ein erstes belgisches Gesetz über die Conseils de Prud'hommes – oder auf Niederländisch *werkrechtersraden* – wurde verabschiedet, woraufhin sich diese Institution im gesamten Staatsgebiet verbreitete.[23] Im Rheinland wiederum sahen sich die Befürworter neuer Gerichte – allen voran *Carl Quentin* (1810–1862) und *Friedrich von Diergardt* (1795–1869) – mit grundlegenden Einwänden aus Altpreußen sowie mit Finanzierungsproblemen in ihrer eigenen Region konfrontiert.[24] Dennoch sicherten sie sich ausreichende Unterstützung unter Politikern und Industriellen, um ab 1834 zehn neue Gerichte zu errichten,[25] die ab 1846 offiziell als *Königliche Gewerbegerichte* bezeichnet wurden.[26]

Diese Darstellung verdeutlicht jedoch auch sofort einen wesentlichen Unterschied zwischen Deutschland und Belgien. In Belgien waren die Conseils de Prud'hommes tatsächlich die einzigen spezialisierten Einrichtungen für die Beilegung individueller Arbeitskonflikte. In Preußen und in der Folge im gesamten Deutschen Bund war das französische Modell hingegen nur eines von vielen Systemen, die im 19. Jahrhundert existierten. Als wichtigstes Gegenmodell gab es beispielsweise in Berlin und Westfalen die Fabrikengerichte, die im Gegensatz zu den Conseils de Prud'hommes als Teil des Stadtgerichts eingerichtet wurden und überwiegend eine strafrechtliche Zuständigkeit hatten.[27] Darüber hinaus gab es jedoch noch eine ganze Reihe lokaler Gesetzgebungen, u.a. errichteten Sachsen und Sachsen-Coburg-Gotha Gewerbegerichte.[28] In den 1840er bis 1860er Jahren unternahmen sowohl Preußen als auch der Norddeutsche Bund mehrere Versuche, dieses komplizierte Flickwerk zu harmonisieren, doch diese Bemühungen führten nicht zu einem einheitlichen System.[29]

Dies musste bis zur Schaffung des Deutschen Reiches und insbesondere bis zum Ende der Kanzlerschaft *Bismarcks* warten. Der von seinem Nachfolger *Leo von Caprivi* verfolgte *Neue Kurs*, der auf soziale Aussöhnung abzielte, schuf ein

12 Art. 2 Dekret 1809; Dubois (Fn. 3), 70.
13 Vgl. Bulletin des Lois de l'Empire français 1810/1813, Nr. 5937 & 8949.
14 1813 wurden kaiserliche Verordnungen zur Einrichtung von Gerichten in Gladbach, Kaldenkirchen, Monschau, Düren und Stolberg erlassen, die jedoch während der napoleonischen Ära nie umgesetzt wurden. Vgl. Bulletin des Lois de l'Empire français 1813, Nr. 8562, 8732, 9245-9246 & 9248.
15 Bulletin des Lois de l'Empire français 1808/1811, Nr. 3261, 6481 & 6760.
16 Für Gent: *Scholl*, De Gids op maatschappelijk gebied 1956, 1048-1049; für Aachen & Krefeld: *Brand*, Untersuchungen zur Entstehung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland II, 2002, 344-345.
17 *Zakowski*, Das Oberlandesgericht Köln zwischen den Rheinland, Frankreich und Preußen, 2019, 217-218; *Rowe*, From Reich to State. The Rhineland in the Revolutionary Age, 2009, 259-261; *Scholl* (Fn. 17), 1061-1065.
18 Zu dieser Zeit nur Aachen und Köln; Krefeld hatte 1813 aufgrund fehlender Geldmittel seine Tätigkeit eingestellt. Vgl. *Sawall*, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, 2007, 85.
19 Die Diskussion konzentrierte sich hauptsächlich auf Gent, da das Gericht in Brügge während der niederländischen Periode wahrscheinlich inaktiv war. *Van de Woestijne* (Fn. 1), 114.
20 *Brand* (Fn. 16), 351-352; *Scholl* (Fn. 16), 1062-1067; *Pittomvils*, Tijdschrift voor Sociale Geschiedenis 1995, 188-208.
21 *Brand* (Fn. 16), 353 ff.; *Debaenst*, Rechtspreken en lekenparticipatie. Noodzaak of traditie?, 2013, 97.
22 *Magits*, in: Liber amicorum Prof. em. E. Krings, 1991, 691-701.
23 Loi du 9 avril 1842 sur les conseils de prud'hommes, Pasinomie 1842, Nr. 146.
24 *Brand* (Fn. 16), 353-356 und 375-385; *Zakowski* (Fn. 17), 219-221.
25 1834 wurde das Krefelder Gericht wiederbelebt, gefolgt von neuen Gerichten in Gladbach (1835), Barmen, Elberfeld, Solingen, Lennep und Remscheid (1840), Burscheid (1843), Düsseldorf (1844) und Mülheim an der Ruhr (1857).
26 *Sawall* (Fn. 18), 85; *Stahlhacke*, in: Die Arbeitsgerichtsbarkeit. Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes, 1994, 65.
27 *Linsenmaier*, NZA 2004, 403; *Kraushaar*, AuR 1995, 314-316.
28 *Zimmermann*, Die Entwicklung der Gewerbegerichtsbarkeit in Deutschland, 2005, 53-63; *Sawall* (Fn. 18), 114-142; *Brand* (Fn. 16), 309-319.
29 Siehe § 120 GewO und sein Vorläufer § 137 Allgemeine Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845; Verordnung über die Errichtung von Gewerbegerichten vom 9. Februar 1849, PrGS.1849, Nr. 3103.

günstiges Klima für die Arbeitsgerichtsbarkeit.[30] Im Hinblick auf die Wahrung des Betriebsfriedens wurde es als wichtig erachtet, eine einzige, klar definierte Instanz für die Schlichtung von Arbeitskonflikten zu schaffen, die sowohl schnell als auch kostengünstig arbeiten sollte.[31] Dies wurde durch das Gewerbegerichtsgesetz (GewGG) von 1890 erreicht,[32] das die Einrichtung von Gewerbegerichten im gesamten Reich vorsah und sich am französischen Modell orientierte.[33]

Es gab jedoch auch erhebliche Unterschiede zum französisch-rheinischen System. Erstens waren die neuen Gerichte paritätisch besetzt: Sie bestanden aus einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.[34] In den belgischen Conseils de Prud'hommes hingegen hatten gewöhnliche Arbeitnehmer bereits 1859 Zugang erhalten, aber echte Parität wurde erst ab 1889 erreicht.[35] Eine weitere Neuerung, die 1890 eingeführt wurde, bestand darin, dass die deutschen Gewerbegerichte von einem neutralen Vorsitzenden geleitet wurden, der von der Gemeinde ernannt wurde. In den französischen Conseils war der Vorsitzende immer einer der Laienrichter – in der Praxis ausnahmslos ein Fabrikant.[36] In dieser Hinsicht gab es auch einen wichtigen Unterschied zu Belgien. Bis 1910 wurde der Vorsitz dort durchgängig von einem Arbeitgeber wahrgenommen. Nach Protesten seitens der Arbeitnehmer wurde diese Regelung zu diesem Zeitpunkt geändert: Fortan musste ein Konsenskandidat zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefunden werden. War dies nicht möglich, wurde von den Behörden ein neutraler Vorsitzender ernannt. Anders als in Deutschland wurde jedoch ausdrücklich verlangt, dass diese Person angesichts des stetig wachsenden Arbeitsrechts ein Jurist sein musste. Wurde ein Laienrichter zum Vorsitzenden ernannt, wurde ein »Rechtsbeistand« benannt, so dass in jedem Gericht ein Jurist vertreten war.[37] Der Unterschied zu Deutschland sollte jedoch nicht überbewertet werden: Obwohl es keine ausdrückliche Voraussetzung war, hatten viele deutsche Vorsitzende in der Praxis ebenfalls einen juristischen Abschluss.[38] Eine letzte Neuerung gegenüber der napoleonischen Zeit bestand darin, dass die Gewerbegerichte nicht nur für individuelle Arbeitskonflikte zuständig waren, sondern in ihrer Eigenschaft als Einigungsamt auch für kollektive Konflikte.[39] In Belgien fand diese Entwicklung nicht statt; stattdessen wurden zu diesem Zweck separate *Conseils de l'industrie et du travail* eingerichtet.[40] Der größte Unterschied zu Belgien lag jedoch im Berufungsverfahren: In Belgien wurden 1910 zu diesem Zweck autonome *Conseils de Prud'hommes d'appel* eingerichtet, die ebenfalls aus Juristen und Laienrichtern bestanden.[41] In Deutschland wurde dies nicht für möglich gehalten, weshalb die Zuständigkeit für Berufungsverfahren der Zivilgerichtsbarkeit, dem Landgericht, übertragen wurde.[42]

Der Erfolg der Gewerbegerichte – die nur für Konflikte im Bereich der körperlichen Arbeit zuständig waren – veranlasste die Verbände der Handlungsgehilfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sich für eine ähnliche Einrichtung einzusetzen.[43] So wurden 1904 als direkte Ableger der Gewerbegerichte die Kaufmannsgerichte gegründet.[44] In Belgien wurde fast zeitgleich eine ähnliche Forderung laut, doch man entschied sich für einen anderen Weg: Da eigenständige Gerichte als zu kostspielig angesehen wurden, wurden Angestellte einfach in den Zuständigkeitsbereich der bestehenden Conseils de Prud'hommes aufgenommen, allerdings in separaten Kammern.[45]

Aber auch in Deutschland wurden schließlich beide Bereiche zusammengelegt. Nachdem die Weimarer Verfassung ein einheitliches Arbeitsrecht gefordert hatte, wurden in den 1920er Jahren Stimmen laut, die sich für eine Vereinheitlichung auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit aussprachen.[46] Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollten in ein allgemeines System von Arbeitsgerichten mit drei Instanzen umgewandelt werden, das sich aus Berufs- und Laienrichtern zusammensetzte. Die Debatte zwischen der Arbeitswelt und den Juristen über den Grad der Unabhängigkeit der Gerichte führte schließlich zu einem Kompromiss: Die Arbeitsgerichte in erster Instanz waren völlig unabhängig, aber die Landesarbeitsgerichte in der Berufungsinstanz wurden als Teil der Landgerichte organisiert – ebenso wurde das *Reichsarbeitsgericht* innerhalb des *Reichsgerichts* eingerichtet.[47] In Belgien blieben die Conseils de Prud'hommes unterdessen bestehen und behielten weitgehend die Organisationsstruktur von 1910 bei, die aus zwei Instanzen bestand und sich sowohl aus Juristen als auch aus Laienrichtern zusammensetzte.

Die 1930er Jahre und der Zweite Weltkrieg hatten nur begrenzte Auswirkungen auf die Funktionsweise der Conseils de Prud'hommes in Belgien,[48] doch in Deutschland sah die Lage ganz anders aus. Unter dem Nationalsozialismus gerieten die noch jungen Arbeitsgerichte unter Druck: Sie verloren ihre Zuständigkeit für kollektive Streitigkeiten, ihre Mitarbeiter wurden ethnischen Säuberungen unterzogen, und bei der Rechtsprechung wurden nationalsozialistische Grundsätze angewendet, während die Gewerkschaften durch die Deutsche Arbeitsfront ersetzt wurden.[49] Diese einschneidenden Eingriffe hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die Nachkriegsstruktur der deutschen Arbeitsgerichte. Als Reaktion darauf – und auch als Geste der Dankbarkeit gegenüber den Sozialpartnern für ihre Mitarbeit beim Wiederaufbau des Landes – wurden die Arbeitsgerichte in der Bundesrepublik ab 1953 fast vollständig nach den Wünschen der Arbeitswelt gestaltet:[50] Es wurde eine von den Zivilgerichten völlig unabhängige Arbeitsgerichtsbarkeit eingerichtet, an deren Spitze ein autonomes Bundesarbeitsgericht steht. Diese Gerichte erhielten eine weitreichende Zuständigkeit sowohl im individuellen als auch im kollektiven Arbeitsrecht, und wie bei ihren französischen Vorgängern kam den Schlich-

30 *Kraushaar* (Fn. 27), 316; *Vogt*, Arbeit am Konflikt. Die Lösung individueller Arbeitsstreitigkeiten im Deutschen Kaiserreich, 2023, 35-36.
31 Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte mit Begründung, Berlin, 1890, 27-30.
32 RGBl. 1890, Nr. 24, 141 ff.
33 Anfangs freiwillig, ab 1901 obligatorisch in allen Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern; *Linsenmaier* (Fn. 28), 403.
34 § 12 GewGG.
35 *Van de Woestijne*, Tijdschrift voor Sociaal Recht 2021, 615.
36 *Debaenst* (Fn. 21), 103-104.
37 *Debaenst* (Fn. 21), 112-113; *Van de Woestijne* (Fn. 35), 618-619.
38 *Vogt* (Fn. 30), 122-128.
39 §§ 61-69 GewGG.
40 Loi du 16 août 1887 instituant le conseil de l'industrie et du travail, Belgisch Staatsblad, 21 Oktober 1887.
41 *Van de Woestijne* (Fn. 35), 619-638.
42 *Zimmermann* (Fn. 28), 124-126.
43 *Sawall* (Fn. 18), S. 241-242; *Zimmermann* (Fn. 28), 275-276.
44 Gesetz, betreffend die Kaufmannsgerichte vom 6.7.1904, RGBl. 1904, Nr. 3059, 266 ff.
45 *Van de Woestijne* (Fn. 35), 617-618.
46 Art. 157 WRV (RGBl. 1919, Nr. 152, 251 ff.); *Sawall* (Fn. 18), 259-260; *Zimmermann* (Fn. 28), 387-388.
47 Arbeitsgerichtsgesetz vom 23.12.1926, RGBl. 1926, Nr. 68, 507 ff.; *Stolleis*, History of Social Law in Germany, 2014, 127.
48 *Van de Woestijne*, Pro Memorie 2021, 149-179.
49 *Cole*, The Journal of Politics 1941, 169-197; *Mayer-Maly*, in: Die Arbeitsgerichtsbarkeit. Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes, 1994, 89-104.
50 *Thon/Roth*, AuR 2000, 162; *Rehder*, WSI-Mitteilungen 2007, 451.

tungsversuchen eine wichtige Rolle zu.[51] In der DDR hingegen wurden die unabhängigen Arbeitsgerichte 1963 abgeschafft.[52]

Auch in Belgien kam es in der Nachkriegszeit zu einer weitreichenden Reform, bei der Befürworter eines unabhängigen gerichtlichen Systems und Anhänger einer Integration aufeinanderprallten.[53] Letztendlich wurden im Rahmen des Gerichtsgesetzes von 1967 die Conseils de Prud'hommes und die Conseils de Prud'hommes d'appel in Arbeitsgerichte bzw. Arbeitsgerichte der zweiten Instanz umgewandelt. Die wesentliche Änderung bestand darin, dass diese Gerichte fortan integraler Bestandteil der Justiz waren und dass der obligatorische Jurist (Vorsitzender oder Rechtsbeistand) durch einen vollwertigen Berufsrichter ersetzt wurde.[54] Das deutsche Modell der Einrichtung eines separaten obersten Arbeitsgerichts wurde jedoch nicht übernommen; ebenso wenig wurde den belgischen Arbeitsgerichten die Zuständigkeit für das kollektive Arbeitsrecht übertragen, wohingegen sie im Gegensatz zu ihren deutschen Pendants für Fragen des Sozialversicherungsrechts zuständig sind.[55] Abgesehen von geringfügigen Änderungen[56] bestehen in Deutschland die Arbeitsgerichtsorganisation von 1953 – die 1990 auf die neuen Bundesländer übertragen wurde – und die in Belgien 1967 gefundene Lösung bis heute.

IV. Schlussfolgerung

Der Titel dieses Beitrags impliziert die Frage, ob die belgischen und deutschen Arbeitsgerichte historisch gesehen als »Waffenbrüder« betrachtet werden können. Aus vergleichender historischer Perspektive spricht einiges für diese Sichtweise. Beide haben ihren Ursprung in einem französischen »Rat«, der von und für die wirtschaftliche Elite eingerichtet wurde und in der Folge juridifiziert, professionalisiert und demokratisiert wurde, bis er zu den unabhängigen Systemen der Arbeitsgerichtsbarkeit von heute wurde. Darüber hinaus scheinen diese Systeme recht stabil zu sein. In beiden Ländern wurden seit Beginn des 21. Jahrhunderts Reformpläne vorgeschlagen – oft mit dem Ziel einer stärkeren Integration in die ordentliche Gerichtbarkeit – doch diese scheiterten angesichts einer breiten Zufriedenheit.[57]

Dennoch können die Unterschiede in den jeweiligen Entwicklungen nicht ignoriert werden. Dabei lassen sich zwei rote Fäden erkennen. Erstens beziehen sich die meisten Unterschiede auf die Spannungen zwischen dem, was man einerseits als Welt der Arbeit und andererseits als traditionelle Justiz bezeichnen könnte. Der Conseil de Prud'hommes agierte vollständig außerhalb der ordentlichen Justiz. In Belgien setzte anschließend ein schrittweiser Annäherungsprozess ein: In zwei Etappen (1910 und 1967) wurde die Institution in das Rechtssystem integriert und schließlich zu einem festen, aber dennoch eigenständigen Bestandteil der Justiz. In Deutschland gab es weniger Vermischung der beiden Welten. Durch die Gesetze von 1890, 1904 und 1926 wurde die Arbeitsgerichtsbarkeit zunächst eher als der Zivilgerichtsbarkeit untergeordnet konzipiert. Nach dem Ende des Nationalsozialismus wurde jedoch ein völlig entgegengesetzter Weg eingeschlagen: Die Arbeitsgerichtsbarkeit wurde vollständig autonom und stand nun wieder neben den ordentlichen Gerichten, jedoch auf gleicher Augenhöhe. Mehr noch als in Belgien scheint diese Regelung mit dem traditionellen zivilrechtlichen Denken in Deutschland zu kollidieren, was Konflikte nicht unwahrscheinlich macht.[58]

Zweitens fällt auf, dass diese Entwicklung in Belgien schrittweise und aus internem Antrieb heraus erfolgte, während in Deutschland oft externe Ereignisse als Katalysatoren für Reformen wirkten. Man denke an den Neuen Kurs vor dem Gesetz von 1890, das Ende des Ersten Weltkriegs und die Entstehung der Weimarer Republik im Zusammenhang mit dem Gesetz von 1926 sowie die weitreichenden Eingriffe des Nationalsozialismus in die Arbeitsbeziehungen, die das Gesetz von 1953 beeinflussten. Infolgedessen haben Reformen dort tendenziell den Charakter eines Bruchs, was auch erklärt, warum die aktuelle Situation so stark im Gegensatz zur historischen Tendenz Deutschlands steht, Sonderordnungen zu vermeiden.[59]

Daher lässt sich wohl am ehesten der Schluss ziehen, dass die deutschen und belgischen Arbeitsgerichte keine Brüder, sondern eher enge Cousins sind.

51 Arbeitsgerichtsgesetz vom 3.9.1953, BGBl. 1953, Nr. 57, 1267 ff.
52 *Linsenmaier* (Fn. 27), 407.
53 *Vankeersbilck*, Tijdschrift voor Sociaal Recht 2018, 51-84.
54 Art. 81-83 & 103-104 Gerechtelijk Wetboek van 10 Oktober 1967, Belgisch Staatsblad, 31.10.1967.
55 *Van de Woestijne*, Les juridictions du travail et le contentieux de la sécurité sociale, 2022, 65-85.
56 Z.B. Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens vom 21.5.1979, BGBl. 1979, Nr. 25, 545 ff.
57 Statt vieler *Aust-Dodenhoff*, NZA 2004, 24-26; *Rieble*, Zukunft der Arbeitsgerichtsbarkeit. 2. ZAAR-Kongreß, 2005; *Lenaerts*, Sociaalrechtelijke Kronieken 2000, 1-4; *Van Hiel*, Sociaalrechtelijke Kronieken 2019, 201-209.
58 *Picker*, JZ 1984, 163; *Brand*, AuR 2022, G1-G4.
59 *Brand*, in: 75 Jahre Arbeitsgericht Bochum. Festschrift, 2003, 6-24; *Brand*, in: Arbeit und Recht seit 1800. Historisch und vergleichend, europäisch und global, 2014, 133-176.